Allgäuer Zeitung, Mittwoch, 23. November 2016

Von Null-Zinspolitik bis zum Ende der Milchquote

Berufsschule Bei reger Diskussion mit Abgeordnetem, Bürgermeister und Schulleitern denken Jugendliche Europa weiter

Marktoberdorf/Ostallgäu Europas Zukunft ist eng verknüpft mit dem Finanzgebaren seiner Länder. Von der Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) müsse man dabei langsam wegkommen, damit Schuldenmachen in den südlichen EU-Staaten nicht mehr so attraktiv sei. Diese Ansicht äußerte der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke bei einer Diskussion vor Ostallgäuer Berufsschülern in Marktoberdorf, zu der Moderator Peter Croonenbroeck von der Initiative „Bürger Europas" als weiteren Gesprächsgast den Marktoberdorfer Bürgermeister Dr. Wolfgang Hell eingeladen hatte.

„Ich halte die Politik von Mario Draghi auf lange Sicht tatsächlich für tragisch", sagte Stracke. Sie begünstige das Schulden machen. Tragisch sei dabei auch: Die EZB sei so unabhängig, dass „sparsamere" Staaten sich nicht durchsetzen könnten. Schnell die Zinspolitik zu ändern, geht laut Stracke aber nicht, da sonst einige südeuropäische „fußkranke" Länder wieder mehr

Gelder verlangen würden. Nur langsam, allmählich könne und müsse man die Politik ändern, „damit der Euro nicht zur Weichwährung wird. Wir müssen die Zinswende hinbekommen."

Daher zog Stracke den Schluss: Europa muss besser werden, die Staaten müssen sich an Verträge und Regeln halten und weniger Schulden machen als vielmehr durch Strukturreformen gesunden. Europa sei eine Friedensunion, stellte er als großen Vorteil der EU heraus.

Marktoberdorfs Bürgermeister Dr. Wolfgang Hell sah als größten Vorteil der Europäischen Union ebenfalls die lange Zeit des Friedens an. Er befürchtete aber auch: „Trotz 70 Jahre Frieden: Wenn die EU so weiter macht, fährt sie an die Wand!".

Ein anderes Thema schnitt Schulleiterin Karin Weikmann von der Marktoberdorfer Mittelschule an. Sie fragte nach Möglichkeiten, wie man Jugendliche hier beziehungsweise in ganz Europa wieder mehr fürs Handwerk begeistern könne. Diesen Ball spielte Stracke zurück: „Die Politik kann da nur wenig leisten. Das können die Lehrer viel besser." Hell empfahl den Jugendlichen, sich neben der Schule in Vereinen zu engagieren.

Berufsschulleiter Remigius Kirchmaier vermutet, dass man über die Schüler seiner Flüchtlingsklassen als künftige Arbeitskräfte noch sehr froh sein werde. Sie absolvieren eine gute Schulung. Nur sollten sie nicht während ihrer Ausbildung abgeschoben werden. Er regte an, hier das reine Asyl-, also Bleiberecht zu verbinden mit einer Duldung auf Zeit. Das gebe den Schülern Perspektive und den Unternehmen Verlässlichkeit. Stracke versprach, sich beim bayerischen Innenminister Joachim Herrmann dafür einzusetzen.

Der Bogen der weiteren Fragen war weit gespannt. Die Schüler wollten wissen, warum man nicht erneut eine Milchquote in Europa einführe, ob man die Förderung bei erneuerbaren Energien nicht fortsetzen könne und wie es mit dem Verbot der Anbindehaltung von Kühen weiter gehe.

Gleich mehrere Schüler wollten wissen, wie sehr man hier in Marktoberdorf von den hier ansässigen großen Betrieben abhänge. Der Bürgermeister bekräftigte deren Bedeutung für die Kreisstadt. Diese unterstütze die heimischen Firmen aber auch nach Kräften.

In diesem Zusammenhang wurde auf das Thema transatlantische Handelsabkommen (TTIP) mit den USA sowie mit Kanada (CETA) eingegangen: Die vorgesehenen Normen würden dem Schlepperhersteller in Amerika zu erleichtertem Absatz verhelfen, so Stracke. *(ton)*